

Ein feministisches Ja zu Europa : Gespräch mit Gret Haller über die Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Aussenpolitik

Autor(en): **Haller, Gret / Kästli, Tobias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **72 (1994)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341095>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein feministisches Ja zu Europa

Gespräch mit Gret Haller über die Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Aussenpolitik

Gret Haller, die SP Schweiz gilt als kompetent in Sachen Sozialpolitik. Mit ihrem neuen Wirtschaftskonzept versucht sie sich als Partei zu profilieren, die auch wirtschaftlich kompetent ist. Du hast am 7. Mai dieses Jahres am Parteitag der SP Luzern zum Thema „Aussenpolitik, Grundpfeiler einer glaubwürdigen sozialdemokratischen Politik in der Schweiz“ gesprochen. Für Dich ist offenbar nicht die Sozialpolitik und nicht die Wirtschaftspolitik das wichtigste, sondern die Aussenpolitik. Warum?

Es gibt in der Politik drei Grundfragen: Erstens, wie die Menschen innerhalb einer Gemeinschaft miteinander umgehen. Zweitens wie die Menschen mit der Natur umgehen. Und drittens wie die Menschen innerhalb dieser Gemeinschaft mit den Menschen ausserhalb umgehen. Das erste ist Sozialpolitik und Staatspolitik, das zweite ist Umweltpolitik und das dritte ist Aussenpolitik, wobei ich in den letzten Begriff den Umgang mit allem Andersartigen und Fremden einschliesse, also den Umgang mit andern Staaten und mit fremden Menschen. Alle anderen Sparten der Politik dienen letztlich diesen drei Bereichen, sie haben Hilfsfunktion. So auch die Wirtschaftspolitik.

Von den drei Bereichen, die du jetzt genannt hast, scheint die Aussenpolitik für dich oberste Priorität zu haben?

Die drei Bereiche können nicht getrennt voneinander betrachtet werden; sie bilden gleichsam das politische Grunddreieck. Wenn man an einer Ecke dieses Dreiecks steht, wird man – falls man klar erkennen und wirksam handeln will – immer auch in den Bann der anderen beiden Ecken gezogen. Denn Frieden mit der Natur, Frieden und Gerechtigkeit zwischen den einzelnen Menschen und Frieden mit dem Fremden, dem Andersartigen und mit anderen Nationen ist immer dasselbe; es ist nicht eines ohne die Auseinandersetzung mit den beiden Anderen zu haben. Die sozialdemokratische Bewegung ist nur dann stark, wenn sie ganzheitliche Konzepte vertritt, wobei das politische Grunddreieck die Basis bildet. Die SPS hat nun aber ein aussenpolitisches Defizit, und ich glaube, der Grund liege im folgenden: Zur Zeit hat unsere Partei die Tendenz, nur das Quantifizierbare als politisch relevant anzuerkennen, und in einer solchen Tendenz hat Aussenpolitik wenig Platz. Die jüngste Vergangenheit bietet dafür ein sehr gutes Beispiel: Der EWR wurde in der SPS praktisch ausschliesslich wirtschaftspolitisch diskutiert, während die aussen- und europapolitischen Aspekte wenig thematisiert wurden.

Wie siehst du den Zusammenhang zwischen Aussenpolitik und Innenpolitik?

Aussenpolitik ist letztlich Friedenspolitik.

Das grösste innenpolitische Problem ist der Rechtspopulismus, und er entzündet sich am Nationalismusproblem.

Zwischen dem, was aussenpolitisch, und dem, was innenpolitisch passiert, besteht ein Zusammenhang. Die entscheidenden aussenpolitischen und damit auch innenpolitischen Fragen ergeben sich gegenwärtig aus der Frage des Nationalstaates. Das grösste innenpolitische Problem ist der Rechtspopulismus, und er entzündet sich am Nationalismusproblem. Es wäre falsch, wenn wir diesem Rechtspopulismus einen Linkspopulismus entgegenstellen würden. Wir müssen von andern Prämissen ausgehen und eine als Friedenspolitik verstandene Aussenpolitik betreiben, die dann auch Rückwirkungen auf die innenpolitische Situation hat. Die rechtspopulistische Gefahr kristallisiert sich an genau denselben Konflikten, die in Jugoslawien zum Krieg geführt haben. Die brennenden Fragen, mit denen wir heute konfrontiert sind, entzünden sich immer an den Grenzen: die Fremdenfeindlichkeit, die Europafeindlichkeit, die generelle Öffnungsfeindlichkeit.

Wenn du mich nach unseren Hauptproblemen gefragt hättest, hätte ich zuerst die Arbeitslosigkeit genannt. Erklärst du sie auch mit den Grenzen?

Die Arbeitslosigkeit ist sicher ein politisches Hauptproblem. Aber Fremdenfeindlichkeit, Europafeindlichkeit und generelle Öffnungsfeindlichkeit sind ebenfalls ein politisches Hauptproblem. Ich halte es für falsch, zwischen verschiedenen gefährlichen Situationen zu werten, und es ist kurzsichtig, diese Feindlichkeiten einzig auf wirtschaftliche Existenzängste zurückzuführen. Dieses gefährliche Sich-Verschliessen hat auch Gründe, die mit der Arbeitslosigkeit nichts zu tun haben. Wenn in der Innen- und in der Aussenpolitik diejenigen dominieren, die in Kategorien von feindlichen Heerlagern denken, die Grenzen brauchen, dann finden wir den Frieden nicht. An der Arbeitslosigkeit kann sich in der Schweiz der soziale Frieden zerschlagen. Dies geschieht aber nur

dann, wenn die am Krieg orientierten Leute und nicht die an Verständigung orientierten den Ton angeben. Die gegenwärtige Verhärtung der sozialpolitischen Situation ist viel weniger durch die wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen bedingt als durch den mangelnden Zugang zur Frage der Verständigung.

Wer sabotiert die Verständigung?

Frieden machen ist anspruchsvoller als Krieg führen. Wer Frieden machen will, muss auch streiten können, aber dosiert. Wer das nicht kann, versucht überall, Verständigungslösungen kaputtzuschlagen. Interessant ist, dass Fremden-, Europa- und generelle Öffnungsfeindlichkeit fast immer mit mangelndem Willen oder mangelnder Fähigkeit zur Verständigung gekoppelt sind. Interessant ist auch, dass viele Parteien in der Europapolitik, der Aussenpolitik, der AusländerInnenpolitik gespalten sind, also in allen Fragen, die mit den Grenzen zu tun haben. In der Wirtschaftspolitik weiss man, wer wofür ist. Die parteimässigen Grenzen sind klar, und man kann die Leute zu den gewohnten Schlachten antreten lassen. In der Aussenpolitik ist das anders; hier gibt es in allen Parteien Leute, die vernünftig denken, und andere, die ein Brett vor dem Kopf haben.

Du möchtest also Aussenpolitik überparteilich betreiben?

Ich gehe immer von meiner Überzeugung aus und suche Verbündete. Mich haben immer die Fragen interessiert, bei denen es nicht um die traditionelle Abgrenzung zwischen den politischen Blöcken geht. Ich komme vom Feminismus her. Parteien sind patriarchalisch geprägt, bilden deshalb für eine feministische Politik nicht das ideale Gefäss. Aber Politik wird nun einmal von den Parteien gemacht, und theoretisch ist der Feminismus bei einer linken Partei am besten aufgehoben. Aber

**Frieden machen,
ist anspruchsvoller, als Krieg
führen. Wer
Frieden machen
will, muss auch
streiten können,
aber dosiert.**

Sozialismus kann

man mit

patriarchalen

Gewaltmethoden

gar nicht

erreichen. Das

haben wir in den

Oststaaten

gesehen.

es gibt natürlich eine Reibungsfläche zwischen Feminismus und Sozialismus. Der patriarchale Sozialismus will den Feminismus immer als Nebenwiderspruch definieren, der dem Hauptwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital untergeordnet ist. Der Sozialismus definiert jedoch ein Fragestellung, die erst seit etwa 300 Jahren existiert, der Feminismus hingegen geht aus von einer 4000 Jahre alten Fragestellung.

Es gibt doch immer wieder Ansätze zu einer überparteilichen Zusammenarbeit zwischen politisierenden Frauen?

Bei der 10. AHV-Revision haben wir überparteilich den Widerspruch zwischen Frauen- und Männerinteressen als den Hauptwiderspruch definiert und so das Splitting mit Betreuungsgutschrift durchgesetzt. In der Frage des Rentenalters brauchen dann wieder die alten Fronten auf. Erst im nachhinein habe ich erkannt, dass die Frauenposition in der AHV deshalb so lange nicht zum Tragen gekommen ist, weil die Arbeitgeberpatriarchen und die Arbeitnehmerpatriarchen immer vorweg definiert haben, worum es bei der AHV gehe.

Empfindest du die SP-Männer als patriarchalisch?

Ich kenne in der SP viele patriarchatskritische Männer. Generell betrachtet scheinen momentan die patriarchalen Tendenzen eher wieder im Vormarsch zu sein. Das zeigt sich auch darin, dass zur Zeit in einem relativ lieblosen und deshalb eher unattraktiven Stil politisiert wird und dass Sozialkompetenz viel niedriger bewertet wird als Fachkompetenz.

Historisch betrachtet gehören ja patriarchales Denken und Sozialismus zusammen.

Sozialismus, wie ich ihn verstehe, umfasst

Frieden, Solidarität, gleiche Möglichkeiten für alle, Ökologie. Das alles aber kann man mit patriarchalen Gewaltmethoden gar nicht erreichen; das haben wir in den Oststaaten gesehen. Es ist wichtig, neue Methoden des Politisierens zu entwickeln, die davon ausgehen, dass es nicht nur schwarz und weiss, Freund und Feind gibt; die Wirklichkeit ist viel komplexer und deshalb auch lebendiger. Wir sollten vom bipolaren Denken wegkommen, und das macht vielen Leuten Schwierigkeiten, auch in unserer Partei. Wenn einen nur die Fragen interessieren, bei denen es scheinbar klare Linien und Grenzen gibt, an denen man seine Armeen aufmarschieren lassen kann, kommt man nicht weiter. Das gilt sowohl für die Innen- als auch für die Aussenpolitik.

Seit dem Zerfall des „Ostblocks“ ist die Bipolarität in der Aussenpolitik durchbrochen. Russland ist auf dem Weg zur Marktwirtschaft und gilt im Westen nicht mehr als der böse Feind. Dafür scheint jetzt dort eine Art Mafia immer mächtiger zu werden.

Wenn Russland versucht, eine Wirtschaftsordnung nach US-Vorbild einzuführen, so etabliert sich zunächst die Mafia, und es kann sich gar nicht soviel Rechtsstaatlichkeit entwickeln, wie es eine funktionierende Marktwirtschaft verlangt. Wenn aber Russland auf eine europäische Linie einschwenkt, so kann die Neuordnung gelingen. Auch bürgerliche PolitikerInnen in Westeuropa können sich der Einsicht nicht verschliessen, dass Russland jetzt vor allem Rechtsstaatlichkeit braucht und Hyperliberalismus in eine Sackgasse führen würde. Westeuropa – inklusive die Schweiz – sollte diesen Standpunkt nachhaltig vertreten. Da stellt sich eine wichtige Aufgabe für die schweizerische Aussenpolitik.

War schweizerische Aussenpolitik nicht immer bloss Aussenhandelspolitik?

Auch Aussenhandelspolitik ist friedenspolitisch relevant. Das zeigt die westeuropäische Integration. Die Schweiz hat eine gute aussenpolitische Tradition. Es gab auch immer SP-Leute, die aussenpolitisch Gewicht hatte, etwa Walter Renschler oder Richard Müller, wenn ich die Bundesratslinie einmal beiseite lasse. Im Moment aber krankt die SPS daran, dass die Leute, welche die Parteipolitik prägen, wenig an Aussenpolitik interessiert sind.

Es gibt auch Linke und Feministinnen, die sagen, EWR und EU sein ein kapitalistisches respektive ein patriarchales Projekt, von dem wir uns distanzieren müssten.

Darin steckt meiner Ansicht nach ein Denkfehler, denn diese Leute gehen davon aus, die Schweiz sei das bessere Projekt als die EU; und das ist sicher nicht der Fall. Diese Leute haben, ob sie es wollten oder nicht, mitgeholfen, in der Schweiz den Nationalismus zu stärken. Und das kann man weder unter feministischem noch unter linkem Vorzeichen tun. Ich habe mich in dieser Frage radikalisiert und halte Linke und Grüne, die gegen den EWR sprachen, für verantwortungslos. Für mich hat die Friedens- und Gewaltfrage oberste Priorität. Ein SP-Nationalrat hat kürzlich – ich weiss nicht mehr, um welche Frage es ging – laut in den Saal gerufen: „Zuerst kommt das Fressen, dann die Moral“. Es ist wohl richtig, dass man nicht moralisches Verhalten verlangen kann von Leuten, die nichts zu essen haben. Und das hat ja Brecht mit diesem Satz gemeint. Aber anders verstanden ist der Satz eben auch falsch: Wenn man die Friedensfrage unter der Rubrik Moral einreicht und das Fressen unter der Rubrik Ökonomie, dann kommt die Moral eben doch vorher, denn was nützt einem von einer Rakete Getöteten das Essen noch?

Du bist irgendwie in Opposition gegen die ökonomischen Fragen ...

Nein, gar nicht. Wie ich die Wirtschaftspolitik im gesamtpolitischen Zusammenhang sehe, habe ich ja eingangs erklärt. Festzustellen ist zur Zeit eine gewisse Dominanz der Wirtschaftspolitik innerhalb der SPS, die andere Bereiche der Politik zu kurz kommen lässt. Das Gleichgewicht ist etwas gestört, was längerfristig die Glaubwürdigkeit der Partei tangiert. Aber diese Dominanz ist in einem grösseren politischen Zusammenhang gesehen durchaus logisch. Das Patriarchat und seine Exponenten fürchten sich vor allen Fragen, die mit der Beziehung zwischen Menschen zu tun haben. Deshalb wollen sie nur mit Dingen zu tun haben, die garantiert beziehungslos sind, mit Zahlen, Kubikmetern, Baumassen, Frankenbeträgen, Daten, Zeitplänen, Mannjahren, Mannschaftsgrössen und was da weiter alles messbar ist. Unmessbares macht ihnen Angst, weil beim Unmessbaren die Lebendigkeit ja erst recht beginnt. Das Patriarchat entstand, als Beziehungsfähigkeit und Ökonomie auseinandergerissen wurden. Beziehungsfähigkeit wurde weiblich zugeordnet, Ökonomie männlich, und das Mittel zur Durchsetzung dieser Spaltung war die Erfindung des Krieges. Krieg wurde nicht gegen die Männer im Feindeslager erfunden, sondern gegen die Frauen im eigenen Lager. Auf dieser grundlegenden politischen Analyse basiert mein politisches Engagement.

Interview: Tobias Kästli

Gret Haller, 46, Dr. iur., war von 1985 bis 1989 Schuldirektorin der Stadt Bern, konzentrierte sich dann auf ihr Nationalratsmandat und begann sich europapolitisch zu engagieren. In diesem Jahr ist sie Nationalratspräsidentin.

Wenn Russland versucht, eine Wirtschaftsordnung nach US-Vorbild einzuführen, so etabliert sich zunächst die Mafia.